

ZUR SACHE

Unsere Handschrift

Bilanz in Stichworten

BILANZ IN STICHWORTEN

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

ALLGEMEIN

SOLIDARISCHE BÜRGERGEMEINSCHAFT UND DEMOKRATISCHER STAAT

NEUE WERTSCHÖPFUNG UND GUTE ARBEIT

DER VORSORGENDE SOZIALSTAAT

EINE FRIEDLICHE, FREIE UND GERECHTE WELTORDNUNG

DAS SOZIALE UND DEMOKRATISCHE EUROPA

NACHHALTIGER FORTSCHRITT

BILDUNG IN DER LERNENDEN GESELLSCHAFT

Vorwort



Wir haben in den letzten drei Jahren viel Gutes beschlossen: Die Einführung des Elterngeldes, die Verabschiedung der Klimapakete, die Erhöhung des BAföG und des Wohngeldes, die Konsolidierung des Bundeshaushaltes, verstärkte Investitionen in Bildung und Forschung und Vieles mehr. Bei all diesen Maßnahmen war die sozialdemokratische Handschrift mehr als deutlich zu erkennen. Und: Ohne uns Sozialdemokraten hätte die Union die Erbschaftsteuer auslaufen lassen. Wir haben durchgesetzt, dass die Erbschaftsteuer weiter erhoben wird und den Ländern vier Milliarden Euro für Investitionen in Bildung und Forschung zur Verfügung stehen. Damit haben wir verhindert, dass die Erbschaftsteuer dasselbe Schicksal ereilt wie die Vermögensteuer.

Auch in den letzten Wochen, die von der dramatischen Zuspitzung der internationalen Finanzmarktkrise geprägt waren, war es gut, dass wir Sozialdemokraten an der Regierung entscheidend mitwirken. Mit dem Bundesfinanzminister an der Spitze haben wir innerhalb weniger Tage

ein gigantisches Rettungspaket für die Finanzindustrie geschnürt und so die deutsche Volkswirtschaft, den Mittelstand, die Sparer und die Arbeitnehmer, vor schwerem Schaden bewahrt.

Nach dem Rettungsschirm für den Finanzmarkt war es folgerichtig, ein Maßnahmenpaket für Beschäftigung zu schnüren. Mit diesem Paket sind wir auf einem guten Weg, die Investitionsfähigkeit unserer Wirtschaft zu erhalten und kleinere und mittlere Unternehmen zu stärken. Die Maßnahmen fördern in den Jahren 2009 und 2010 Investitionen und Aufträge von Unternehmen, privaten Haushalten und Kommunen in einer Größenordnung von 50 Milliarden Euro.

In dieser Broschüre stellen wir in 50 Stichworten einen Ausschnitt unserer Arbeit in der Großen Koalition dar. Diese Stichworte zeigen: Deutschland braucht die Sozialdemokratie an der Spitze der Regierung, auch nach 2009.



Peer Steinbrunn
Ursula von der Leyen

Stichwort 1: So viel Beschäftigung wie noch nie

Wir haben die gute wirtschaftliche und konjunkturelle Situation in Deutschland zum Aufbau neuer Arbeitsplätze genutzt. Niemals gab es in Deutschland so viele Beschäftigte wie heute: Über 40 Millionen Erwerbstätige und rund 28 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigte sind deutliche Belege. Erstmals seit November 1992 gab es im Oktober 2008 weniger als drei Millionen Arbeitslose. Jetzt geht es darum, angesichts der sich abschwächenden Konjunktur, diese Erfolge auf dem Arbeitsmarkt zu sichern. Unter anderem reagieren wir mit der Verlängerung des Kurzarbeitergeldes, mehr Förderung von Qualifizierung und weiteren Impulsen für mehr Beschäftigung auf den Abschwung.

Stichwort 2: Mindestlohn für 3,3 Millionen Menschen

Wir haben den Mindestlohn im Postdienstgewerbe zum 1. Januar 2008 eingeführt. Und: Zum 31. März 2008 haben weitere acht Branchen die Aufnahme in das Arbeitnehmer-entsendegesetz beantragt. Insgesamt wären damit mehr als 3,3 Millionen Menschen in den Schutz des Mindestlohnes einbezogen. Wir wollen, dass diese acht Branchen so schnell wie möglich in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenommen werden.

Branchen mit Antrag zur Aufnahme in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz (Stand 31. 3. 08)

Branche	Betroffene Arbeitnehmer/ innen laut Antragssteller/ Auskunft der Sozialpartner
Arbeitnehmerüberlassung	rd. 630.000
Pflegedienste (Altenpflege)	rd. 565.000
Wach- und Sicherheitsgewerbe	rd. 170.000
Textile Dienstleistungen im Objektkundenbereich	rd. 30.000
Weiterbildung	rd. 23.000
Forstliche Dienstleistungen	rd. 10.000
Bergbauspezialarbeiten	rd. 2.500
Summe	rd. 1,43 Millionen

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Mindestlöhne: In Westeuropa meist über acht Euro

Gesetzlicher Mindest-Stundenlohn in der EU		Kaufkraftbereinigt**
Luxemburg	9,30 €	9,01 €
Frankreich	8,71 €	8,11 €
Irland	8,65 €	6,93 €
Belgien	8,41 €	7,92 €
Niederlande	8,33 €	8,02 €
Deutschland	SPD-Forderung 7,50 €	
Großbritannien	6,91 €*	6,28 €
Griechenland	3,80 €	4,26 €
Spanien	3,59 €	3,85 €
Malta	3,55 €	4,84 €
Slowenien	3,28 €	4,35 €
Portugal	2,55 €	2,98 €
Tschechien	1,97 €	3,22 €
Polen	1,92 €	3,20 €
Estland	1,61 €	2,42 €
Ungarn	1,61 €	2,76 €
Slowakei	1,54 €	2,71 €
Litauen	1,34 €	2,36 €
Lettland	1,34 €	2,21 €
Rumänien	0,79 €	1,39 €
Bulgarien	0,65 €	1,45 €

* Im Sommer 2007 lag der britische Mindestlohn noch deutlich über 8 Euro. Im aktuellen Wert kommt die starke Abwertung des Pfundes gegenüber dem Euro zum Ausdruck. Mindestlöhne werden für Stunden oder Monate festgelegt. Die Umrechnung orientiert sich an den üblichen Wochenarbeitszeiten in den Ländern auf Basis des Wechselkurses vom 10.6.2008; ** Berechnungen auf der Basis von Kaufkraftparitäten für 2006.

Quelle: WSI Mindestlohndatenbank 2008 / © Hans-Böckler-Stiftung 2008

Stichwort 3: Längeres Arbeitslosengeld für Ältere

Ältere Arbeitslose erhalten seit 2008 länger Arbeitslosengeld. Ihre Lebensleistung wird damit stärker berücksichtigt. Über-50-Jährige erhalten 15 Monate Arbeitslosengeld, über-55-Jährige 18 Monate und über-58-Jährige erhalten 24 Monate Arbeitslosengeld I. Besonders wichtig: Anders als von Rüttgers und Union gewollt, geht diese Maßnahme nicht zu Lasten von Frauen und Jüngeren.

Stichwort 4: Längeres Kurzarbeitergeld

Befristet auf ein Jahr haben wird die Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld von bisher 12 Monaten auf 18 Monate verlängert. Die Phase der Kurzarbeit soll möglichst für die Weiterqualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern genutzt werden.

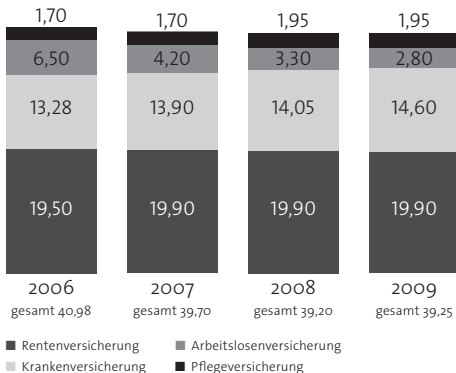
Stichwort 5: Sinkende Sozialversicherungsbeiträge

Der Arbeitslosenversicherungsbeitrag (AV-Beitrag) ist innerhalb von zwei Jahren um mehr als die Hälfte gesunken – von 6,5 Prozent auf 2,8 Prozent zum 1. Januar 2009. So niedrig war der AV-Beitrag seit 1975 nicht mehr. Wir entlasten die Beitragszahler damit um über 30 Milliarden Euro. Bei einem Jahres-Brutto von 30.000 Euro sind das 555 Euro netto mehr als noch 2006.

Insgesamt liegen die Sozialversicherungsbeiträge weiter unter 40 Prozent, der Arbeitgeberbeitrag für die Sozialversicherung liegt unter der 20-Prozent-Marke.

Sozialversicherungsbeiträge

Beitragssätze in % des Bruttoarbeitsentgelts (paritätisch finanziert)



Stichwort 6: Schwarzarbeit wird bekämpft

Durch die sofortige Meldung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei Beginn der Beschäftigung wird die Identifizierung vereinfacht. Zudem haben wir die Mitführungs- und Vorlagepflicht von Personaldokumenten eingeführt. Bei Kontrollen müssen die Behörden zur Identitätsfeststellung auf geeignete Dokumente zurückgreifen können. Dies gilt insbesondere bei ausländischen Beschäftigten. Eine schnellere Identifizierung der angetroffenen Personen ist ein Beitrag zur wirkungsvolleren Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung.

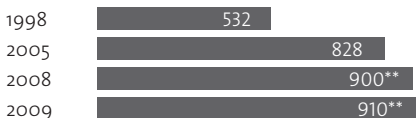
Stichwort 7: Neue Chancen für benachteiligte Jugendliche

Wir wollen, dass auch benachteiligte Jugendliche eine faire Chance auf dem Ausbildungsmarkt erhalten. Deshalb haben wir befristet einen Ausbildungsbonus eingeführt, mit dem 100.000 zusätzliche Ausbildungsplätze bis zum Jahr 2010 geschaffen werden sollen. Der Ausbildungsbonus soll Arbeitgeber dazu veranlassen, zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze für förderbedürftige junge Menschen, die bereits seit längerem einen Ausbildungsplatz suchen, bereitzustellen.

Stichwort 8: Das BAföG steigt

Zum Wintersemester 2008/2009 wurde das BAföG deutlich erhöht. Die Höchsthörsätze für Studierende sind um 10 Prozent und damit von 585 Euro auf etwa 643 Euro gestiegen. Die Freibeträge haben wir um 8 Prozent erhöht. Dadurch erhalten mehr junge Menschen erstmals einen BAföG-Anspruch. Weitere Verbesserungen gibt es auch beim Betreuungszuschlag für Studierende mit Kindern. All das schafft mehr Chancengleichheit in der Bildung.

Entwicklung der BAföG-Geförderten (in Tausend)*



* Absolute Zahlen der Förderfälle, Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung

** Schätzungen des BMBF

Stichwort 9: Wohngeld-Erhöhung

Bereits im Sommer 2008 haben wir beschlossen, das Wohngeld zum 1. Januar 2009 anzuheben. Das durchschnittlich gezahlte Wohngeld steigt somit von monatlich 92 Euro auf 142 Euro. Rund 800.000 Haushalte, darunter etwa 300.000 Rentnerhaushalte, profitieren von dieser Maßnahme.

Um insbesondere einkommensschwache Menschen von steigenden Energiekosten zu entlasten, haben wir außerdem rückwirkend zum 1. Oktober 2008 eine Heizkostenpauschale für einen Ein-Personen-Haushalt von 100 Euro und für einen Zwei-Personen-Haushalt von 130 Euro eingeführt.

Stichwort 10: Haushaltsnahe Dienstleistungen werden gefördert

Wir haben die steuerlichen Regelungen für haushaltsnahe sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse und haushaltsnahe Dienstleistungen stark vereinfacht und den Spielraum für die Inanspruchnahme der Steuerermäßigung stark erweitert. Die Förderung beträgt zum 1. Januar 2009 einheitlich 20 Prozent der Aufwendungen von bis zu 20.000 Euro, höchstens 4.000 Euro pro Jahr. Familien werden so nicht nur finanziell entlastet, sondern es werden günstigere Rahmenbedingungen zur weiteren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf geschaffen.

Stichwort 11: Verbesserte Absetzbarkeit von Handwerksleistungen

Um private Haushalte zu entlasten und Schwarzarbeit zu bekämpfen, haben wir die Absetzbarkeit von Handwerksleistungen bei Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen ausgeweitet. Der Steuerbonus wird auf 20 Prozent von 6.000 Euro zum 1. Januar 2009 verdoppelt, also auf bis zu 1.200 Euro.

Stichwort 12: Stabilisierung des Bundeshaushaltes und Zukunftsbereiche stärken

Wir stehen für einen handlungsfähigen Staat, der Chancen ermöglicht, Risiken begrenzt und Solidarität und Gerechtigkeit in der Gesellschaft organisiert. In der Großen Koalition haben wir mit den Zielen „Reformieren – Investieren – Sanieren“ einen nachhaltigen erfolgreichen Mix aus notwendigem Sparen und gezielten Investitionen durchgesetzt. Unser Ziel bleibt der Ausgleich des Bundeshaushaltes und seine Ausrichtung auf mehr Investitionen in Zukunftsbereiche wie Bildung, Forschung, Familie, Infrastruktur und die Bekämpfung des Klimawandels.

Entwicklung der Nettokreditaufnahme

Jahr	Höhe der Nettokreditaufnahme (in Mrd. Euro)
2004	39,5
2005	31,2
2006	27,9
2007	14,3
2008	11,9*
2009	18,5**

* geplant

** geplant; vorgesehen war ursprünglich eine Nettokreditaufnahme von 10,5 Mrd. Euro. Aufgrund der konjunkturellen Maßnahmen im Rahmen der Finanzmarktkrise wurde der Haushalt aufgestockt.

Quelle: Bundesfinanzministerium

Stichwort 13: Abbau von Steuervergünstigungen

Wir machen ernst beim Abbau von ungerechtfertigten Steuervergünstigungen. So haben wir beispielsweise die Attraktivität von Steuerstundungsmodellen durch eine sogenannte Verlustbeschränkung wirkungsvoll eingeschränkt. Anleger können Verluste nur noch mit Einkünften aus derselben Einkunftsquelle verrechnen.

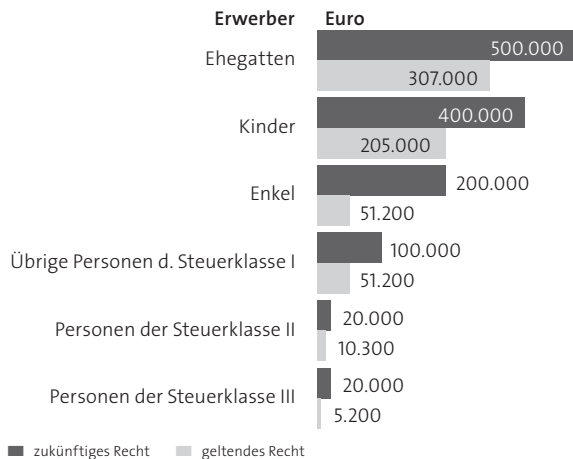
Stichwort 14: Starke Schultern müssen mehr tragen

Leistungsgerechtigkeit fordert eine höhere Besteuerung großer Einkommen und hoher Vermögen. Deshalb haben wir die Reichensteuer eingeführt, damit sich Spitzenverdiener wieder stärker an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligen. Für große Einkommen, ab einem Jahresbrutto von 250.000 Euro für Ledige und 500.000 für Verheiratete, haben wir den Spitzensteuersatz auf 45 Prozent erhöht.

Stichwort 15: Erbschaftsteuer bleibt erhalten

Die Erbschaftsteuer bleibt erhalten. Mit einem jährlichen Aufkommen von rund 4 Milliarden Euro können die Länder auch in Zukunft mehr in Bildung investieren. Trotz der Höherbewertung von Immobilien bleiben Schenkungen und Erbschaften innerhalb der Kernfamilie (Ehepartner, Kinder und auf Druck der SPD auch eingetragene Lebenspartner) regelmäßig steuerfrei.

Übersicht über die persönlichen Freibeträge (in Euro)



Quelle: Bundesfinanzministerium

Empfänger sehr hoher Vermögen sowie außerhalb des engen familiären Umfeldes müssen dagegen in Zukunft vielfach einen höheren Beitrag zum Steueraufkommen leisten. Anders ausgedrückt: Das neue Recht ist gerecht, weil es die Kernfamilie bei Erbschaften verschont und Millionenerben stärker als bisher zur Kasse bittet. Darüber hinaus ist es wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch zielgerichtet, die steuerliche Begünstigung der Betriebsnachfolge an den langfristigen Erhalt von Arbeitsplätzen zu knüpfen.

Stichwort 16: Deutschland hat ein neues Unternehmensteuerrecht

Seit 1. Januar 2008 hat Deutschland ein neues, reformiertes Unternehmensteuerrecht, das international wettbewerbsfähig ist. Unternehmen werden animiert, Gewinne nicht länger ins Ausland zu transferieren, sondern in Deutschland zu investieren. Das stärkt den Standort Deutschland.

Es geht nicht um Geschenke für Unternehmen und Unternehmer, sondern darum, neue Arbeitsplätze und Investitionen in Deutschland zu schaffen und dabei gleichzeitig die Steuereinnahmen des Staates zu erhöhen und für mehr Steuergerechtigkeit zu sorgen.

Stichwort 17: Die Gewerbesteuer bleibt erhalten

Vor der Bundestagswahl wollten CDU/CSU und FDP die Gewerbesteuer abschaffen. Im Zuge der Unternehmenssteuerreform konnten wir erreichen, dass die Gewerbesteuer nicht nur erhalten bleibt, sondern dass sich die Einnahmesituation der Kommunen weiter verbessern wird. Mit der Stärkung der kommunalen Finanzkraft schaffen wir die Voraussetzung dafür, dass Städte und Kommunen in Zukunft wieder verstärkt investieren können, in Straßen, Schulen und andere öffentliche Gebäude.

Entwicklung der Gewerbesteuer

(in Mio. Euro)

2006	38.369*
2007	40.116*
2008	42.200*
2009	40.500*
2010	39.950**
2011	42.300**
2012	45.300**

* Bundesfinanzministerium, Ergebnis der Steuerschätzung November 2008

** Bundesfinanzministerium, Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2008

Stichwort 18: Partnerschaftliche Erziehung durch das Elterngeld

Auf unsere Initiative hin hat die Große Koalition das Elterngeld eingeführt. Das Elterngeld ersetzt in der Regel bis zu 14 Monate das durch die Kinderbetreuung entfallende Einkommen des Partners oder der/des Alleinerziehenden in Höhe von 67 Prozent.

Wir schaffen damit die Rahmenbedingungen, dass sich Familie und Beruf besser als bisher miteinander verbinden lassen. Der gewohnte Lebensstandard junger Familien im ersten Jahr nach der Geburt des Kindes wird damit gesichert.

Stichwort 19 : Kindergelderhöhung und Schulbedarfspaket

Wir haben in der Koalition dafür gesorgt, dass das Kindergeld steigt. Zum 1. Januar 2009 erhöhen wir für das erste und zweite Kind die monatliche Zahlung von 154 Euro auf 164 Euro. Für dritte Kinder steigt das Kindergeld um 16 Euro auf 170 Euro, für vierte und weitere Kinder von 179 Euro auf 195 Euro. Besonders Familien mit kleinen und mittleren Einkommen kommt die Kindergelderhöhung zu Gute. Seit unserer Regierungsübernahme haben wir das Kindergeld damit vier Mal erhöht – von 112 Euro auf 164 Euro monatlich.

Kindergelderhöhungen seit 1998

(in Euro)

	1999	2000	2002	1. 1. 2009
1. Kind	127,82	138,05*	154,00	164,00
2. Kind	127,82	138,05*	154,00	164,00
3. Kind	153,39*	153,39*	154,00	170,00
Weitere Kinder	178,95*	178,95*	179,00	179,00

* Umrechnung 1 Euro = 1,95583 DM

Quelle: Bundesfamilienministerium

Kinder, deren Eltern ALG II oder Sozialhilfe beziehen, lassen wir nicht im Regen stehen. Sie erhalten jeweils zum Schuljahresbeginn zusätzliche Leistungen für den Schulbedarf von 100 Euro bis zum Abitur. Mit diesem Schulbedarfspaket sollen insbesondere die persönliche Schulausstattung wie Schulranzen, Schreib- und Rechenmaterialien bezahlt werden können.

Stichwort 20: Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab eins

Mit dem Kinderförderungsgesetz haben wir einen Meilenstein in der Familien- und Bildungspolitik gesetzt: Wir haben den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Geburtstag ab 2013 festgeschrieben. Dieser Rechtsanspruch verbessert die Infrastruktur für Familien und garantiert durch eine möglichst frühe Förderung mehr Chancengleichheit für alle Kinder.

Stichwort 21: Kinderzuschlag verbessert

Eltern mit geringem Einkommen können für ihre Kinder einen Kinderzuschlag erhalten. Dies trifft für Eltern zu, die mit ihren Kindern in einem gemeinsamen Haushalt leben und über Einkommen und Vermögen verfügen, das es ihnen ermöglicht, zwar ihr eigenes Existenzminimum, nicht aber das ihrer Kinder zu decken. Mit der Weiterentwicklung des Kinderzuschlags erreichen wir zusätzlich rund 50.000 Berechtigte mit rund 120.000 Kindern. Kinderarmut wird somit vermindert.

Stichwort 22: Vorrang von Kindern

Mit einer Reform des familienrechtlichen Unterhaltsrechts haben wir die Rechte und die Versorgung von Kindern weiter gestärkt. Minderjährigen Kindern wird bei der Gewährung von Unterhalt durch den Unterhaltspflichtigen der erste Rang und damit Vorrang vor allen anderen Unterhaltsberechtigten eingeräumt.

Stichwort 23: Weniger Bürokratie

Weniger Bürokratie schafft neue Handlungsspielräume und verbessert Chancen für die kleinen und mittleren Unternehmen. Das 1. und 2. Mittelstands-Entlastungsgesetz sind bereits verabschiedet. Der Entwurf eines 3. Mittelstands-Entlastungsgesetz ist eingebracht. Damit werden zum 3. Mal viele bürokratische Hindernisse für mittelständische Unternehmen beseitigt. Wir schaffen bessere Voraussetzungen für mehr Investitionen, Innovationen und Beschäftigung. Insgesamt entlasten die drei Mittelstands-Entlastungsgesetze die Wirtschaft um rund 850 Millionen Euro.

Stichwort 24: Bessere Abschreibungsmöglichkeiten

Zum 1. Januar 2009 führen wir die degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens in Höhe von 25 Prozent ein. Die Regelung ist befristet für zwei Jahre. Mit dieser Maßnahme fördern wir gezielt neue Investitionen von Unternehmen.

Ebenfalls befristet für zwei Jahre ist die erweiterte Sonderabschreibung für kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) möglich. Hierbei werden die relevanten Betriebsvermögens- und Gewinnngrenzen auf 335.000 Euro bzw. 200.000 Euro erhöht.

Stichwort 25: Beschäftigungssicherung und Wachstumsstärkung

Die globale Finanzmarktkrise hat eine weltweite Konjunkturabschwächung zur Folge. Wir haben ein Maßnahmenpaket beschlossen, das eine Perspektive für die rasche Überwindung der Konjunkturschwäche und für die Sicherung von Arbeitsplätzen schafft. Die Maßnahmen sind langfristig sinnvoll, kurzfristig umsetzbar und rasch wirksam: Insgesamt belaufen sich die konjunkturell stützenden Maßnahmen auf rd. 30 Mrd. Euro in 2009 und 2010.

Wer profitiert vom Maßnahmenpaket?

Schutzschirm für Arbeitsplätze

Sicherheit für Beschäftigte

- » Berufsbegleitende Weiterbildung verhindert Entlassungen
- » Schnellere Vermittlung in den Anschlussjob
- » Längere Auszahlung von Kurzarbeitergeld

Bürger entlasten

- » Keine Kfz-Steuer für Neuwagen
- » Handwerkerleistungen besser absetzbar
- » Entlastung für die Familie
- » Niedrigerer Beitrag zur Arbeitslosenversicherung
- » Erhöhtes Wohngeld
- » Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen

Ins Land investieren

- » Bessere Infrastruktur für strukturschwache Kommunen
- » Schnellere Investitionen in den Verkehr
- » Umweltfreundliche Sanierung von Gebäuden vorantreiben
- » Regionale Wirtschaftsstruktur verbessern

Wirtschaft stärken

- » Finanzierung von Unternehmen sichern (Kreditvergabe)
- » Belastungen für Autoindustrie begrenzen
- » Moderne Fahrzeugtechnologie vorantreiben
- » Innovative Unternehmen und Branchen stärken
- » Investitionen belohnen (degressive Abschreibung)

Stichwort 26: Wir erleichtern Unternehmensgründungen

Wir haben Unternehmensgründungen erleichtert und die Rechtsform der GmbH für den deutschen Mittelstand attraktiver ausgestaltet. So haben wir z.B. einen notariell beurkundeten Mustergesellschaftsvertrag für unkomplizierte, kostengünstige und unbürokratische GmbH-Standardgründungen eingeführt. Auch wurde eine Einstiegsvariante der GmbH geschaffen, für die kein Mindeststammkapital nötig ist.

Stichwort 27: Erleichterte Zuwanderung für Hochqualifizierte

Um Deutschlands Position im internationalen Wettbewerb um hochqualifizierte Fachkräfte zu stärken, haben wir die Zuwanderungsvoraussetzungen für Hochqualifizierte erleichtert. Die Mindesteinkommensgrenze für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis wurde deutlich gesenkt. Zur Nutzung inländischer Potenziale erhalten beruflich gut qualifizierte Geduldete einen sicheren Aufenthaltsstatus.

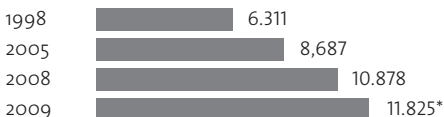
Stichwort 28: Bildungsprämie stärkt Weiterbildung

Mit der Bildungsprämie mobilisieren wir mehr Menschen für die berufliche Weiterbildung. Insbesondere Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen, gering Qualifizierten und Älteren wird durch die Bildungsprämie ein finanzieller Anreiz zur Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen gegeben. Weiterbildung sichert nicht nur das eigene berufliche Fortkommen, sondern wirkt sich auch positiv auf Wirtschaftswachstum und Entwicklung der Beschäftigung aus.

Stichwort 29: Wir investieren in Forschung und Entwicklung

In dieser Legislaturperiode stehen 6,5 Milliarden Euro zusätzlich für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zur Verfügung. Wir leisten mit diesem Programm einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung des 3-Prozent-Ziels, das die europäischen Staats- und Regierungschefs im Jahr 2000 in Lissabon vereinbart haben: Bis 2010 soll der FuE-Anteil am Bruttoinlandsprodukt in der EU auf 3 Prozent wachsen. Länder und Wirtschaft sind aufgefordert, ihren Anteil beizutragen.

Entwicklung der Haushaltsmittel für Bildung und Forschung (in Mio. Euro)



* Mittel des Einzelplans 30 (BMBF) zuzüglich BAföG-Darlehensanteil ab 2000 und Ganztagschulprogramm-Mittel sowie Abzüglich Abgänge zum BMWi (Quelle BMBF)
Quelle: Bundesfinanzministerium

Stichwort 30:

Das Gebäudesanierungsprogramm ist der Motor für Arbeit im Baugewerbe

Das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm ist eine Erfolgsgeschichte. Es dient dazu, die energetische Gebäudesanierung durch zinsgünstige Kredite der KfW zu beschleunigen. Dadurch werden CO₂-Emissionen verringert und gleichzeitig Arbeitsplätze im Handwerk geschaffen und erhalten. Um zusätzliche Investitionen in die Energieeffizienz von Gebäuden anzustoßen, haben wir die Mittel für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm und andere Maßnahmen um 3 Milliarden Euro für die Jahre 2009 bis 2011 aufgestockt.

Stichwort 31:

Weichenstellung für eine integrierte europäische Klima- und Energiepolitik

Wir haben die Weichen gestellt für eine integrierte europäische Klima- und Energiepolitik. Eine ambitionierte Strategie zur Steigerung der Energieeffizienz und der weitere Ausbau der Erneuerbaren Energien sind die richtige Antwort, um den Herausforderungen des Klimawandels begegnen zu können.

In einem ersten Schritt haben wir das Gesetz zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung, das Gesetz zur Öffnung

des Messwesens bei Strom und Gas für den Wettbewerb, das Gesetz zur Neuregelung des Rechts der Erneuerbaren Energien im Strombereich sowie das Erneuerbare-Energi- und Wärmegesetz beschlossen.

Stichwort 32: Verstärkung der Verkehrsinvestitionen

Wirtschaftswachstum und Beschäftigung sind entscheidend von einem leistungsfähigen Verkehrssystem abhängig. Im Jahr 2009 stehen 11,2 Milliarden Euro für verstärkte Verkehrsinvestitionen zur Verfügung. 2009 wird es vor allem darum gehen, im Bau befindliche Verkehrsprojekte zu beschleunigen und mit baureifen Projekten früher zu beginnen. Denn: Planen und Bauen von Verkehrswegen sichert Beschäftigung in der Bauwirtschaft und in den vielen nachgelagerten Bereichen.

Stichwort 33: Gute Perspektiven für Ostdeutschland

Wir haben den Aufbau Ost mit dem 2001 beschlossenen Solidarpakt II auf eine sichere Grundlage gestellt, damit durch die gezielte Förderpolitik eine eigene tragfähige wirtschaftliche Struktur wachsen kann. Heute werden in vielen Regionen die Erfolge unserer Politik sichtbar. Damit auch Langzeitarbeitslose neue Chancen bekommen und der Aufschwung nicht an ihnen vorbeigeht, ermöglichen wir mit dem Kommunal-Kombi in Regionen mit erheblichen Arbeitsmarktproblemen neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze im öffentlichen, gemeinnützigen Bereich.

Stichwort 34: Investitionszulage wird fortgeführt

Die Investitionsförderung in den neuen Ländern ist eines der zentralen Instrumente zur Förderung des Aufbaus der ostdeutschen Wirtschaft. Mit dem Investitionszulagengesetz wird die Investitionszulage nach 2009 bis zum Ende des Jahres 2013 mit überwiegend gleich bleibenden Fördervoraussetzungen fortgeführt.

Das bisherige Niveau der Förderung wird ab 2010 allerdings abgesenkt. Vorgesehen ist die Förderung von in den Jah-

ren 2010 bis 2013 getätigten wachstumsrelevanten und arbeitsplatzschaffenden Investitionen in Betrieben des verarbeitenden Gewerbes, der produktionsnahen Dienstleistungen und des Beherbergungsgewerbes. Durch die Verlängerung der Investitionszulage bis 2013 wird der dynamische Aufschwung im Osten auch weiterhin gesichert.

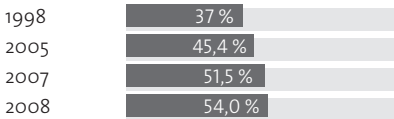
Stichwort 35: Wir machen die gesetzliche Rentenversicherung zukunftsfest

Mit der Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre reagieren wir auf den demografischen Wandel, der als Folge der steigenden Lebenserwartung und gesunkenen Geburtenrate die Rentenversicherung vor große Herausforderungen stellt. Die gesetzliche Rentenversicherung bleibt für uns die wichtigste Säule der Altersversorgung. Der Beitragssatz für die Rentenversicherung von 19,9 Prozent wird in den nächsten Jahren stabil bleiben.

Stichwort 36: Wir erhöhen die Beschäftigungsquote Älterer

Wir wollen die Beschäftigungschancen Älterer weiter erhöhen. Mit der Initiative 50 plus geben wir ein verbindliches Signal an Gesellschaft und Wirtschaft, dass nicht nur eine Umorientierung in der Haltung zur Rolle der Älteren notwendig ist, sondern dass dieser Umorientierung auch konkrete Verhaltensänderungen folgen müssen.

Erwerbstätigenquote der 55- bis 65-Jährigen (in Prozent)



Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Stichwort 37: Erhöhung der Renten

Nach 0,54 Prozent im letzten Jahr sind zum 1. Juli 2008 die Renten um 1,1 Prozent gestiegen. Diese Erhöhung war nur deshalb möglich, weil die sogenannte „Riester-Treppe“ für die Jahre 2008 und 2009 ausgesetzt wurde und in den Jahren 2012 und 2013 nachgeholt wird. Dies macht in diesem und im nächsten Jahr eine um jeweils rund 0,65 Prozentpunkte höhere Rentenanpassung möglich.

Stichwort 38: Auch in Zukunft ein qualitativ hochwertiges Gesundheitssystem

Mit der Gesundheitsreform haben wir unser Gesundheitssystem weiterentwickelt und die Grundlage dafür geschaffen, dass auch in Zukunft allen Menschen in Deutschland eine qualitativ hochwertige Versorgung im Krankheitsfall zur Verfügung steht. Drei entscheidende Maßnahmen haben wir durchgesetzt: Erstens ist künftig jeder gegen das Risiko Krankheit versichert. Dies war bisher nicht der Fall. Zweitens gilt in Zukunft: Prävention vor Behandlung und Rehabilitation vor Pflege. Und Drittens: Gesundheit bleibt bezahlbar. Wir haben Wettbewerb unter den Kassen ermöglicht und haben Instrumente entwickelt, die zu einer effizienten Verwendung der Mittel führen.

Stichwort 39: Reform der Pflegeversicherung: ambulant vor stationär

Richtschnur bei der Weiterentwicklung der Pflegeversicherung war für uns der Wunsch der meisten Menschen, so lange wie es geht, in der gewohnten Umgebung und selbstbestimmt zu leben, gepflegt und betreut zu werden. Wir haben die häusliche Pflege durch bessere und neue Leistungen gestärkt. Die Pflegeleistungen wurden insgesamt angehoben und dynamisiert. Neu eingeführt haben wir einen eigenständigen Leistungsanspruch für Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz. Gestärkt wurde auch die Rehabilitation vor und in der Pflege. Dazu werden die Übergänge zwischen Krankenhaus, Reha-Einrichtung und häuslicher, beziehungsweise stationärer Pflege deutlich verbessert.

Erhöhungen des Pflegegelds für pflegende Angehörige

(in Euro)

	BISHER	2008	2010	2012
Stufe 1	205	215	225	235
Stufe 2	410	420	430	440
Stufe 3	665	675	685	700

Quelle: Bundesfamilienministerium

Stichwort 40: Sicherung der Krankenhausfinanzierung

Die wirtschaftliche und finanzielle Sicherung unserer Krankenhäuser ist eine entscheidende Voraussetzung für eine gute Versorgung der Patientinnen und Patienten. Wir haben die Krankenhausfinanzierung verbessert und den Krankenhäusern mehr Bewegungsspielraum verschafft.

Stichwort 41: Entflechtung des föderalen Kompetenzwirrwarrs – Neuordnung der Bund-Länder-Finzen

Mit der Föderalismusreform haben wir für mehr Klarheit in unserer föderalen Ordnung gesorgt. Die Zahl der zustimmungspflichtigen Gesetze ist gesunken und für die Bürgerinnen und Bürger ist nun wieder klarer erkennbar, welche politischen Entscheidungen der Bund und welche die Länder zu verantworten haben. Inzwischen hat auch die 2007 eingesetzte Kommission, die die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern prüfen und klarer regeln soll, ihre Arbeit nahezu abgeschlossen. Die Gesetzgebung beginnt Anfang 2009 und wird bis zum Ende der Legislaturperiode abgeschlossen.

Stichwort 42: Wir schaffen „Kettenduldungen“ ab

Mit der Durchsetzung der Bleiberechtsregelung ist uns im letzten Jahr ein Richtungswechsel im Ausländer- und Asylrecht gelungen. Die Bleiberechtsregelung gibt den seit vielen Jahren in Deutschland geduldeten Ausländerinnen und Ausländern einen Ausblick auf eine lebenswerte Zukunft. Familien mit Kindern, die seit sechs Jahren und Alleinstehende, die seit acht Jahren in Deutschland leben, können jetzt mit einem sicheren Aufenthaltsstatus rechnen.

Stichwort 43: Mehr Kompetenzen für das Bundeskriminalamt

Wir haben dem Bundeskriminalamt die zum Schutz der Bevölkerung notwendigen Kompetenzen übertragen. Das Bundeskriminalamt hat jetzt die Möglichkeit, bei länderübergreifenden Gefahren, unklarer Landeszuständigkeit oder auch auf Bitten eines Landes schnell und wirksam einzugreifen. Insbesondere terroristischen Gefahren kann so schnell begegnet werden. Dass zwischen Gefährdern heutzutage meist mit modernster Technik kommuniziert

wird, machte das Instrument der Online-Durchsuchung erforderlich. Wir haben in genauer Befolgung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts auch hier eine Lösung erarbeitet, die den verfassungsrechtlich gebotenen Datenschutz gewährleistet.

Stichwort 44: Gegen Rechtsextremismus

Wir reden nicht nur über den Kampf gegen Rechtsextremismus und das Eintreten für Demokratie – wir handeln auch. Unter Rot-Grün haben wir viele Programme gegen Rechtsextremismus aufgelegt. In der Großen Koalition sorgen wir dafür, dass diese Programme verstetigt und noch besser finanziert werden. Für die Jahre 2008–2011 geht beispielsweise das Bundesprogramm Xenos mit „Integration und Vielfalt“ in eine nächste Runde. Inhaltlich geht es um präventive Maßnahmen gegen Ausgrenzung und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft.

Stichwort 45: Starker Schutz von Verbrauchern

Wir schützen die Verbraucherinnen und Verbraucher: Durch das neue Versicherungsvertragsgesetz werden Versicherte bei der Lebensversicherung angemessen an den mit ihren Prämien erwirtschafteten Überschüssen beteiligt. Erstmals erhalten Versicherungsnehmer auch einen Anspruch auf Beteiligung an den stillen Reserven. Auch die Beratungs- und Informationspflichten gegenüber den Kunden beim Abschluss von Versicherungen haben wir deutlich verbessert.

Einen starken Schutz für Verbraucher bietet auch das Gesetz zum Pfändungsschutz der Altersvorsorge. Mit diesem haben wir die Altersvorsorge von Selbstständigen gesichert.

Und mit dem neuen Verbraucherinformationsgesetz erhalten Verbraucher erstmals einen bundesweit gesetzlich geregelten Anspruch auf Zugang zu Informationen über Lebensmittel, Futtermittel, Kosmetika und allen Produkten, die mit Haut und Schleimhäuten in Berührung kommen.

Zum Schutz der Verbraucher haben wir weitere Projekte auf den Weg gebracht wie zum Beispiel die Bekämpfung gegen unerlaubte Telefonwerbung oder zur Stärkung der Fahrgastrechte bei Reisen mit der Bahn.

Stichwort 46: Novelle des Gentechnikgesetzes

Im Gentechnikrecht ist der Schutz von Mensch und Umwelt weiterhin unser oberstes Ziel. Bei der Novelle des Gentechnikgesetzes haben wir daher durchgesetzt, dass Haftungsregelungen unverändert bestehen und öffentlich einsehbare Standortregister erhalten bleiben. Durch die neue „Ohne Gentechnik“-Kennzeichnungsregelung können Verbraucherinnen und Verbraucher endlich mitentscheiden, ob sich gentechnisch veränderte Lebensmittel auf dem Markt durchsetzen oder nicht.

Stichwort 47: Wir unterstützen bürgerschaftliches Engagement

Für uns Sozialdemokraten ist die Würdigung des gesellschaftlichen Engagements viel mehr als nur ein politischer Nebenschauplatz. Wir wollen eine starke, vitale, solidarische Bürgergesellschaft. Bürgerschaftliches Engagement lässt sich nicht verordnen. Es mit verbesserten rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen zu ermöglichen und zu fördern, ist und bleibt unsere ständige politische Aufgabe. Durch Anreiz- und Unterstützungsmöglichkeiten müs-

sen Vorteile für die Engagierten geschaffen und ausgebaut werden. Dazu dient das Gesetz zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements.

Stichwort 48: **Ein Soziales Europa**

Bei der europäischen Dienstleistungsrichtlinie ist es uns mit Hilfe unserer EP-Abgeordneten gelungen, das Herkunftslandprinzip durch das Prinzip des freien Marktzugangs zu ersetzen. Damit haben wir ein wichtiges Zeichen gegen Lohn- und Sozialdumping gesetzt. Wir drängen darauf, dass die Europäische Kommission nun umgehend die angekündigte revidierte Sozialagenda vorlegt, um rasch weitere Fortschritte auf dem Weg zum Sozialen Europa zu erzielen. Die Revision der europäischen Betriebsräterichtlinie mit der Stärkung der Arbeitnehmerrechte muss dabei zentraler Bestandteil sein.

Stichwort 49: Deutsche Außenpolitik – Internationale Verantwortung

In der Kontinuität deutscher Außenpolitik lassen wir uns von den Werten und Interessen unseres Landes leiten. Gemeinsam mit den Menschen in Afghanistan und internationalen Partnern haben wir ein starkes Interesse an der Stabilisierung der Situation in Afghanistan sowie an einem friedlichen Wiederaufbau.

Als einzige Fraktion im Bundestag hat die SPD eine engagierte Task Force Afghanistan, deren Aufgabe es ist, das bisherige deutsche und internationale Engagement in Afghanistan zu bewerten und eine Handreichung für die Fraktion im Hinblick auf die Verlängerung der deutschen Beteiligung an den internationalen Missionen ISAF und OEF vorzulegen. Die Task Force hat der Fraktion bereits im September 2007 einen ersten Bericht vorgelegt, worin sie sich sowohl gegen einen Abzug der Streitkräfte aus Afghanistan als auch für eine Beendigung des KSK-Einsatzes im Rahmen von OEF ausgesprochen hat. Ein weiterer Fortschrittsbericht ist für Ende 2008 vorgesehen.

Aufgrund unserer politischen Arbeit und des Engagements unseres Außenministers ist es uns letztlich gelungen, dass die Bundesregierung darauf verzichtet hat, die KSK-Komponente im Rahmen von OEF weiter zu mandatieren. Das heißt, dass wir im Rahmen der OEF-Mission keine

deutschen Soldaten mehr auf afghanischem Boden haben werden! Wir legen den Schwerpunkt unserer Beteiligung in Afghanistan ausschließlich auf die ISAF-Mission.

Stichwort 50: Weitere Förderung der Entwicklungspolitik

Entwicklungspolitik ist heute eine Querschnittsaufgabe und wichtiger denn je für uns alle. Hunger, Armut, Umweltzerstörung, Klimawandel, bewaffnete Konflikte oder Terrorismus lassen sich nicht isoliert betrachten.

Die Richtschnur der deutschen Entwicklungspolitik bleibt die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele. Wir haben uns international verpflichtet, den Anteil für die Entwicklungszusammenarbeit am Bruttonationaleinkommen (ODA-Quote) bis zum Jahr 2010 auf 0,51 Prozent und bis 2015 auf 0,7 Prozent zu steigern. Wir haben für 2008 unsere Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit um rund 670 Millionen Euro erhöht. In den letzten zehn Jahren konnte der Haushalt des BMZ fast verdoppelt werden und erreicht für das Jahr 2009 5,7 Milliarden Euro. Allein im Vergleich zum Etat für das Jahr 2008 bedeutet das einen Zuwachs von 12,4 Prozent, ein Plus von 800 Millionen Euro.

Register

Abbau von Steuervergünstigungen	13
Absetzbarkeit von Handwerksleistungen	11
Arbeitnehmerentsendegesetz	4
Arbeitslosengeld	6
Ausländer- und Asylrecht	35
Außenpolitik	40
BAföG	9
Benachteiligte Jugendliche	8
Beschäftigung	3
Beschäftigungssicherung	22
Beschäftigungschancen Älterer	31
Bildungsprämie	25
Bundeshaushalt	12
Bundeskriminalamt	35
Bund-Länder-Finzen	34
Bürgerschaftliches Engagement	38
Bürokratie	21
Degressive Abschreibung	21
Entwicklungspolitik	41
Erbschaftssteuer	14
Elterngeld	17
Forschung und Entwicklung	26
Gebäudesanierungsprogramm	27
Gentechnikgesetz	38
Gesundheitssystem	32
Gewerbsteuer	16
Haushaltsnahe Dienstleistungen	11

Investitionszulage	29
Kinderbetreuung	19
Kindergelderhöhung	18
Kinderzuschlag	20
Klima- und Energiepolitik	27
Krankenhausfinanzierung	34
Kurzarbeitergeld	6
Mindestlohn	4
Partnerschaftliche Erziehung	17
Pflegeversicherung	33
Rechtsextremismus	36
Reichensteuer	13
Rente	32
Rentenversicherung	30
Schulbedarfspaket	18
Schutzschirm für Arbeitsplätze	23
Solidarpakt II	29
Sonderabschreibung	21
Soziales Europa	39
Sozialversicherungsbeiträge	7
Schwarzarbeit	8
Wohngeld	10
Unterhaltsrecht	20
Unternehmensgründung	24
Unternehmensteuerrecht	15
Verbraucher	37
Verkehrsinvestitionen	32
Wachstumsstärkung	22
Zuwanderung für Hochqualifizierte	25

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

SPD-BUNDESTAGSFRAKTION
ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN

PETRA ERNSTBERGER, MDB

TEXT

PLANUNGSGRUPPE

REDAKTION

RALF BERGMANN

TITELBILD

KLAUS VYHNALEK

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT
AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION, SIE DARF WÄHREND EINES
WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.



SPD-BUNDESTAGSFRAKTION PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN
WWW.SPDFRAKTION.DE